



TRAS Jahresbericht 2021/2022

(Berichtszeitraum September 2021 bis April 2022)

Inhalt

1.	TRAS Aktivitäten und Situation in Frankreich	1
2.	Situation in Deutschland	3
3.	TRAS Aktivitäten und Situation in der Schweiz	4
4.	Zahl der Mitgliedschaften	5
5.	Zusammensetzung des Vorstands	6

1. TRAS Aktivitäten und Situation in Frankreich

Rückbau Atomkraftwerk Fessenheim

Der Rückbau des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim verlief im Berichtszeitraum planmässig. Zur Risikoreduktion wurden – wie von TRAS in einer Resolution 2020 verlangt –, die «heissen» Brennelemente aus den Reaktordruckbehältern erst dann in das Brennelementlager verlegt, als die älteren, ausreichend abgekühlten Brennelemente abtransportiert waren.

Im Jahre 2021 wurde die Entfernung der Brennstäbe aus dem Reaktor 1 abgeschlossen. Mit 15 Transporten erfolgte auch der Abtransport in die Entsorgungs- und Wiederaufarbeitungsanlage von Orano in La Hague nach Fahrplan. Laut Informationen der Aufsichtsbehörde (Autorité de sûreté nucléaire; ASN) und der Betreiberin (Electricité de France; EDF) kam es dabei zu keinen gravierenden Zwischenfällen. Das Versprechen, bis 2023 alle Brennstäbe aus der Atomanlage zu entfernen, kann eingelöst werden, wenn es nicht noch zu unvorhergesehenen Ereignissen kommt.

Der Rückbau der nicht-radioaktiven Teile der Anlage hat begonnen; es scheint somit technisch unwahrscheinlich bis unmöglich, dass die Anlage in Fessenheim je wieder in Betrieb genommen werden kann, selbst wenn es in Frankreich zu einem Machtwechsel kommen sollte. Die Zahl der Beschäftigten auf dem Gelände beträgt laut EDF derzeit noch 580 Personen.

Wiederinbetriebnahme-Pläne der Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen

Die beiden rechtspopulistischen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour und Marine Le Pen kündigten im Wahlkampf um die Präsidentschaft an, das Atomkraftwerk Fessenheim wieder in Betrieb nehmen zu wollen, sollten sie den Kampf um die Präsidentschaft gewinnen. Die Zeitung «Les Echos» (19.4.2022) befasste sich eingehend mit dieser Frage und kam zum Schluss, dass eine solche

Wiederinbetriebnahme praktisch ausgeschlossen sei. Nicht nur wurden inzwischen die Brennstäbe mehrheitlich entfernt, sondern auch die sechs Dampfgeneratoren wurden ausgebaut und teilweise im AKW Blayais wiederverwendet. Für eine neue Inbetriebnahme wäre die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ASN notwendig, wobei grosse technische Sicherheitslücken, die nach dem Unfall von Fukushima moniert worden waren, unter Inkaufnahme hoher Kosten geschlossen werden müssten. «Die Reaktoren von Fessenheim wurden nie für einen Weiterbetrieb über 40 Betriebsjahre hinaus ausgerüstet», hielt die ASN gegenüber der Presse fest. «Eine Nachrüstung würde mindestens fünf Jahre beanspruchen», so die ASN, «und ohne eine solche würde die Genehmigung zum Weiterbetrieb nicht erteilt werden».

Neue Atomkraftwerke im Elsass?

Der Präsident der Collectivité européenne d'Alsace, Frédéric Bierry, regte im November 2021 an, es sollten im Elsass neue Atomkraftwerke gebaut werden, zum Beispiel Anlagen vom Typ neuer «Small Modular Reactors». Bierry gab bekannt, er finde, dass die Schliessung des AKW Fessenheim ein Fehler gewesen sei, weil sie angeblich zu mehr Kohleverstromung in Deutschland führe, zudem zu Einnahmeausfällen im Elsass. Fessenheim sei als Standort eine Option, wenn es um die von Macron propagierten Reaktoren gehe. Fessenheim könne aber auch ggf. ergänzend ein Forschungs- und Produktionszentrum für Wasserstoff werden, der beispielsweise am Flughafen Basel-Mülhausen in entsprechend ausgerüsteten Flugzeugen zum Einsatz kommen könnte.

Der Basler Regierungspräsident Beat Jans bekräftigte bei einem gemeinsamen Treffen mit Bierry, dass Pläne für einen neuen Atomreaktor in Fessenheim von der Basler Regierung bekämpft würden, weil die Kantonsverfassung dies vorschreibe. Jans erklärte sein Interesse für den Aufbau eines gemeinsamen Zentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Fessenheim und gab zu

Protokoll, dass sich die Basler Regierung gerne auch über Interreg für konkrete Projekte einsetzen würde.

Angeichts der geäusserten Absichten, nochmals neue Atomkraftwerke im Elsass anzusiedeln, hat TRAS bei der Pariser Anwältin Corinne Lepage eine Auslegung in Auftrag gegeben, um abzuklären, mit welchen juristischen Verfahren eine solche neue Anlage verhindert werden könnte.

Destabilisierung der französischen Stromversorgung

In Frankreich häufen sich die Betriebsunterbrüche in den alten Atommeilern, und damit steigen auch die Sicherheitsrisiken weiter an. Im April 2022 standen 26 von 56 Atomkraftwerken in Frankreich ausser Betrieb, wobei technische Defekte an Schweissnähten als massgebliche Ursache geltend gemacht wurden. Für 2021/2022 wird erwartet, dass der Beitrag der Atomenergie in Frankreich auf den tiefsten Stand seit 30 Jahren absinken wird. dies hat spürbare Auswirkungen auf die französische Wirtschaft.

Nirgends in Europa waren die Spotmarktpreise für Elektrizität im April 2022 so hoch wie in Frankreich. Am Montag, 4. April 2022, kostete eine Kilowattstunde am französischen Spotmarkt nicht weniger als 3 Euro. Offenbar war die EDF gezwungen, jede verfügbare Kilowattstunde unbesehen des Preises aufzukaufen, um einen Blackout zu verhindern. Frankreich importiert inzwischen aus ganz Europa Strom, auch aus deutschen Kohlekraftwerken. Die Handelsströme haben sich umgekehrt.

Die Ausfälle von französischen Atomkraftwerken gesellen sich zur generell kritischen Lage der Energieversorgung in Europa. Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und die zuvor schon reduzierten Gaslieferungen in den Westen haben zu einer Destabilisierung der Stromversorgung und zu starken Preissteigerungen geführt.

Eine Vielzahl von Ländern, darunter Deutschland, Portugal, Spanien, Polen, Grossbritannien, Schweden, Italien und die baltischen Länder kündigten nach Ausbruch des Krieges an, die erneuerbaren Energien beschleunigt auszubauen, wobei in Ländern wie Deutschland unter der neuen Koalitionsregierung realistischerweise mit einer Verdreifachung des Ausbautempos zu rechnen ist.

Neben der Photovoltaik und der Windenergie zu Lande kommt Meereswindanlagen, die inzwischen auch auf schwimmenden Pontons erstellt werden können, eine immer grössere Rolle zu. Sie lassen sich zum Beispiel entlang der französischen Atlantikküste in grosser Zahl installieren. Allerdings hinkt Frankreich beim Ausbau von Windenergie und Solarenergie den Nachbarländern hinterher. Die von der EU für die Mitgliedstaaten gesetzten Ausbauziele wurden in Frankreich nicht erreicht.

Der französische Ausbau der Atomenergie ist derweil geprägt von Pleiten und Pannen. Die Inbetriebnahme des einzigen EPR (*European Pressurised Reactor*) in Flamanville (Baustart 2007) hat sich bereits um viele Jahre verzögert. Die Kosten haben sich gegenüber dem ursprünglichen Budget von 3 Mrd.€ auf mehr als 19 Mrd.€ versechsfacht. Bedingt durch diese technischen Schwierigkeiten, hat sich die Erneuerung des Atomparks in Frankreich trotz vollmundigen Ankündigungen bisher immer wieder verzögert.

Präsident Macron kündigte im Wahlkampf um die französische Präsidentschaft (erneut) an, neue Atomkraftwerke bauen zu wollen – maximal 14 bis 2050. Ein Zeitplan wurde nicht kommuniziert. Auch sind die Fragen zur Finanzierung ungelöst. Die Betreiberin – die hoch verschuldete EDF – ist durch die technischen Probleme in den bestehenden Atomkraftwerken finanziell noch stärker unter Druck geraten. Bisher legte man in Frankreich mehr

Gewicht auf Betriebsverlängerungen alter Anlagen anstelle von Neuanlagen. Es wird sich erst nach den Präsidentschaftswahlen zeigen, ob der Ausbau der Atomenergie ernst gemeint ist, denn zur raschen Behebung der Mangellage können die erneuerbaren Energien dank der kurzen Bauzeiten viel eher beitragen als neue Atomkraftwerke mit ihren kolossalen technischen Risiken.

Frankreich werde bis 2050 "50 Offshore-Windparks" mit einer Gesamtkapazität von 40 GW bauen, sagte Macron im Februar in einer Fabrik, die bisher Turbinen für Atomreaktoren in Belfort produziert. Für 2050 sieht er eine Kapazität von 100 GW Photovoltaik als Ziel, was zusammen mit Windenergie zu Lande die Produktion der bestehenden Atomkraftwerke etwa zu zwei Dritteln ersetzen könnte. Bis dato (April 2022) steht aber gerade mal eine einzige funktionstüchtige Windturbine in französischen Gewässern (bei St. Nazaire im Atlantik). Das Windkraftprogramm ist um Jahre in Verzug.

Eine Vielzahl alter Atomkraftwerke in Frankreich leidet unter immer neuen Pannen. Dazu gehört Rost, der den Verdacht von gefährlichen Rissen in den Schweissnähten nährt, die in den Atomkraftwerken Flamanville 1 und 2, Cattenom 3, und Golfech (je 1,3 GW) Bugey 3 und 4 (je 880 MW) sowie Chinon 3 (905 MW) vermutet werden und zu Abschaltungen geführt haben.¹

Neue Atomkraftwerke können wegen der langen Bauzeiten kaum unmittelbar zur Linderung der französischen Versorgungskrise beitragen. Selbst ein «Vollausbau» der 14 angekündigten neuen Reaktoren würde nicht ausreichen, um den bisherigen Stand der nuklearen Stromerzeugung aufrecht zu erhalten. Der einzige logische Weg, wie sich Frankreich vor Versorgungskrisen und hohen Strompreisen schützen kann, ist die Beschleunigung von erneuerbaren Energien. Ob Macron damit nun ernst macht, muss sich noch zeigen.

«Technocentre»

Wenig Klarheit besteht, was den Bau eines «Technocentre» anbelangt: Dabei handelt es sich um das Projekt einer Recyclinganlage für schwach-radioaktive Metalle aus ganz Frankreich, die am Standort Fessenheim realisiert werden könnte. Der Bau einer solchen Anlage auf dem Gelände des stillgelegten Atomkraftwerks stösst auf erhebliche Opposition aus dem trinationalen Grenzraum. Der Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Kreistags Breisgau-Hochschwarzwald bekräftigte seine Absicht, sich vom Vorhaben des auf dem Areal geplanten Gewerbeparks (Eco Rhéna) zurückziehen zu wollen, sollte ein «Technocentre» gebaut werden.

Um diese Gewerbezone erschliessen zu können, war vor zwei Jahren die französisch-deutsche Gesellschaft *Société d'Economie Mixte Locale (SEML) Nova Rhéna* gegründet worden, an der der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und die Städte Freiburg, Breisach, Vogtsburg, Bad Krozingen sowie die Gemeinde Hartheim beteiligt sind. Es wird frühestens nach den französischen Parlamentswahlen im Sommer 2022 mit einer Entscheidung gerechnet. Ohnehin macht es kaum Sinn, eine solche Anlage in Ostfrankreich zu bauen, wo kaum mehr Atomkraftwerke in Betrieb stehen, deren Metalle zu entsorgen wären.

Sollten die Pläne für ein «Technocentre» weiterverfolgt werden, würde TRAS diese neue Quelle radioaktiver Gefahren mit juristischen Mitteln bekämpfen.

Sind Atomkraftwerke «grün»?

In einem dramatischen Fehlentscheid beschloss die EU-Kommission am 31. Dezember 2021, Atomenergie und Erdgas nachträglich in die Nachhaltigkeits-Taxonomie der

¹ <https://www.montelnews.com/fr/news/1314018/edf-trouve-des-signes-de-possible-corrosion-sur-4-reacteurs>

Europäischen Union aufzunehmen. Vordergründig geht es dabei um die Etikettierung («Taxierung») privater Investments für private Investorinnen und Investoren. Mit dem Siegel der Nachhaltigkeit, so die Hoffnung, können AKW-Investitionen in «grüne» Portfolios aufgenommen werden und würden dadurch von verbesserten Kreditkonditionen profitieren, so die Erwartung.

Angesichts der Gefahren und Risiken von Gaskraftwerken und Atomkraftwerken ist dieser Entscheid unhaltbar und wurde auch EU-intern von der *Platform for sustainability finance* scharf kritisiert. Das Beispiel zeigt, dass die EU-Kommission vor dem Druck verschiedener Lobbies nicht gefeit ist. Die Erwartung, dass mit diesem Entscheid private Investments in Atomkraftwerke getätigt werden, dürfte kaum in Erfüllung gehen. Die Börse konnte sich bisher nirgends auf der Welt für die teure Atomenergie erwärmen – die Kursentwicklung der EDF-Aktien spricht Bände (minus 90% seit 2008). Atomkraftwerke können deshalb nur von Staatsbetrieben oder von halbstaatlichen Körperschaften mit hohen Kreditgarantien erstellt werden. In Wirklichkeit interessiert die Atomlobbyisten aber etwas ganz Anderes: Es geht um die Ausschaltung der EU-Wettbewerbsvorschriften und um den Zugriff auf staatliche Geldmittel. Der «Green Deal» der EU umfasst ein Budget von über 1000 Milliarden Euro, finanziert aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten und nicht beanspruchten Covid-Krediten. Die atomfreundlichen EU-Mitgliedstaaten wollen sich ihre «Atomrenaissance» von Brüssel bezahlen lassen. Dafür brauchen sie ein grünes Mäntelchen.

Das Pariser Anwaltsbüro Huglo-Lepage hat im Auftrag von TRAS in einem Rechtsgutachten die Chancen eines Rechtsverfahrens analysiert. **An der Vorstandssitzung vom 15. März 2022 wurde das TRAS-Präsidium ermächtigt, gegen die neue europäische Taxonomie auf dem Rechtsweg vorzugehen.** Der Beschluss der EU-Kommission muss zuvor erst noch vom EU-Parlament gutgeheissen werden. Er ist noch nicht rechtskräftig.

TRAS-Vertretung in der CLIS und in der Begleitkommission Rückbau

TRAS ist mit Vize-Präsident Rudolf Rechsteiner inzwischen offiziell als Teil der Schweizer Delegation in der Commission locale d'information et de surveillance (CLIS) vertreten, die jährlich an vier Sitzungen die Vorgänge in Fessenheim dokumentiert. Anlässlich der CLIS-Sitzung vom 24. November 2021 wurde eine «Begleitkommission Rückbau» gegründet, in der zwei Vertreter Einsitz nehmen, die Mitglieder des Vorstands von TRAS sind: Jean-Paul Lacôte (SPD) und Stefan Auchter (BUND).

2. Situation in Deutschland

Gefährdung des Trinkwassers durch Borsäure aus Fessenheim

Zwischen TRAS und den süddeutschen Umweltorganisationen und Gemeinden bestehen enge Kontakte, die situativ genutzt werden, um die Vorgänge rund um Fessenheim einzuordnen, um sich nach Bedarf abzusprechen und Interventionen vorzubereiten. Seit der Ausserbetriebnahme des AKW Fessenheim ist die Zusammenarbeit noch enger geworden.

Viele Städte und Gemeinden in Deutschland gewinnen ihr Trinkwasser aus dem Rhein. Am 30. März 2022 hat sich TRAS schriftlich an die CLIS gewendet, um die Frage der Gefährdung des Trinkwassers durch Einleitung von Borsäure in den Rhein aufzuwerfen.² Im Punkt 5 der Sitzung der CLIS vom 15. November 2021 hatte die EDF darüber berichtet, dass 2021 etwa 13 t nicht radioaktiv kontaminierte Borsäure entsorgt wurden. Davon wurden 5.5 t in den Rhein

abgeleitet, was die bewilligte jährliche Höchstmenge von 10 t unterschreitet.

Insgesamt sollen im Rahmen des Rückbauprozesses aber 102 t Borsäure entsorgt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass davon etwa 40 t Borsäure in den Rhein abgeleitet werden. Der Rest soll gemäss «dossier de démantèlement» an die Firma Centraco gesendet werden, wo er in einer Flüssigabfallverbrennungsanlage vernichtet wird.

Borsäure ist ein als gefährlich eingestufte Stoff und hat gemäss Einstufung der Europäischen Chemikalienagentur ECHA reproduktionstoxische Eigenschaften der höchsten Kategorie 1. Er wurde in die Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe aufgenommen und seine Verwendung könnte in der EU demnächst zulassungspflichtig werden.

Die EDF beantragte in ihrem Stilllegungsdossier, jährlich 6 t mit einer Konzentration von 14 g/Liter einleiten zu dürfen. Zum Vergleich: Der Standort Fessenheim ist bisher berechtigt, jährlich 10 t Borsäure mit einer Konzentration von 12 mg/L einzuleiten (Genehmigung von 2016). Die Konzentration der Emissionen pro Liter würde so im Rahmen der Stilllegung um einen Faktor 1000 erhöht. Die ASN hat sich dazu noch nicht geäussert. Das Dossier werde derzeit geprüft.

Deutscher Atomausstieg

Im Dezember 2021 wurden planmässig drei weitere Atomkraftwerke ausser Betrieb genommen (Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf). Geht der weitere Ausstieg nach Gesetz, werden am 31. Dezember 2022 die letzten drei Atomkraftwerke heruntergefahren: Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Nach den Bundestagswahlen 2021 hat sich eine neue rotgrünliberale Koalition ehrgeizige Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien gesetzt. Die Ausbaugeschwindigkeit soll sich verdreifachen.

Im Zuge der Strom- und Gas-Krise als Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine wurden die bisherigen Ausstiegspläne kurzfristig wieder in Frage gestellt. Um Erdgas zu sparen, so die simple Logik, müsse der Ausstieg aufgeschoben werden, ja es gelte sogar, die jüngsten Schliessungen rückgängig zu machen.

Obschon Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck ein solches Vorgehen nicht auf Anhieb kategorisch ausgeschlossen hat und die Thematik einer kritischen Prüfung unterzog, scheint es derzeit wenig wahrscheinlich. Zum einen spielen Gaskraftwerke in der deutschen Stromversorgung eine geringe Rolle und können durch die Beschleunigung der erneuerbaren Energien und kurzfristig durch bestehende Kohlekraftwerke ersetzt werden. Die deutsche Abhängigkeit von russischem Erdgas ist im Industrie- und Wärmesektor viel ausgeprägter als bei der Elektrizität.

Wird Erdgas zur Stromerzeugung verwendet, geschieht dies namhaft in Wärmekraft-Kopplungsanlagen. Der Weiterbetrieb von alten Atomkraftwerken würde daran wenig ändern. Die Energiewende basierte bisher auf der Idee, Erdgas als Brückentechnologie einzusetzen – für die Übergangszeit bis zum Hochlauf der erneuerbaren Energien und von «grünem Wasserstoff». 2021 hat Deutschland rund 55 Prozent des Erdgases aus Russland bezogen, inzwischen (April 2022) ist der Anteil auf etwa 40 Prozent gesunken. Der Ukraine Krieg dürfte zu einer Neubeurteilung des «Jokers» Erdgas führen. An seine Stelle werden Grossbatterien und Wasserstoff als Speichermedien treten.

Nicht zu unterschätzen ist der enorme ideologische Stellenwert des deutschen Atomausstiegs für die Atomlobby. Seit den ersten rot-grünen Ausstiegsbeschlüssen (1998) wird in

² Das Schreiben an die CLIS ist auf der Homepage von TRAS einsehbar.

den angelsächsischen und in den französischen Medien eine Hatz gegen die Energiepolitik Deutschlands betrieben, mit unzähligen hasserfüllten und realitätsfernen Pamphleten.

Gemäss der Atomlobby führe der Atomausstieg zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen und der Kosten – was beides nachweislich nicht stimmt, denn inzwischen sind Solarenergie und Windenergie weit schneller und günstiger als das Festhalten an alten fossilen und nuklearen Technologien. Dies zeigt sich auch am Day-ahead-Markt, wo inzwischen Frankreich die höchsten Strompreise verzeichnet. Die Mehrkosten werden allerdings von Paris wegsübsventioniert.

Dass ein Industrieland wie Deutschland die Umstellung auf klimaneutrale Stromerzeugung erreicht, ohne auf Atomenergie Rückgriff nehmen zu müssen, bringt eine der Lebenslügen der Atombranche ins Wanken, wonach einzig die Nutzung der Kernenergie die Klimakrise verhindern könne. Die Schliessung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland ist deshalb weit mehr als eine energieökonomische Frage, sondern rührt am propagandistischen Fundament der Atomindustrie.

«Was Frankreich im Moment macht, ist eine sehr planwirtschaftliche gedeckelte Energieversorgung einer altmodischen Industrie», erklärte der deutsche Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck im Frühjahr 2022. Dass die französische Elektrizitätswirtschaft inzwischen grösste Mühe hat, den eigenen Stromverbrauch zu decken, vermochte die französische Sehnsucht nach neuen Atomkraftwerken bisher allerdings nicht zu bremsen. Dies ist insofern erklärbar, weil die Kernenergie auch die Basis für die atomare Rüstung Frankreichs bildet.

3. TRAS Aktivitäten und Situation in der Schweiz

Kampagne gegen das AKW-Neubauverbot

Im Herbst 2021 entbrannte in der Schweiz eine neue Atomenergiedebatte. Mit drohenden Stromengpässen im Winter argumentierend, fordern inzwischen zwei grosse politische Parteien (SVP und FDP), die im Parlament allerdings keine Mehrheit bilden, eine Aufhebung des 2017 mit 58 Prozent Ja-Stimmen beschlossenen Neubauverbots für Atomkraftwerke in der Schweiz.

Im Frühjahr 2022 verlangte der Wirtschaftsverband Économiesuisse zudem Subventionen für alte Atomkraftwerke, denn durch den Ausbau der Photovoltaik in der Schweiz dürfte die Zahl der rentablen Betriebsstunden alter Atomkraftwerke mittelfristig sinken.

Während ein erster parlamentarischer Vorstoss zur Aufhebung des Neubauverbots in der zuständigen Kommission des Ständerats chancenlos blieb, setzte eine breite und gut organisierte Medienkampagne darauf, Atomenergie abermals als klimafreundliche Antwort auf offene Versorgungsfragen zu positionieren. Dahinter steckt einerseits eine Menge politisches Kalkül im Hinblick auf den Wahlkampf für die 2023 anstehenden Parlamentswahlen, andererseits hat der «Energie-Club», eine kleine, aber finanzstarke Frontorganisation der Atomlobby, bereits angekündigt, das Neubauverbot für AKW mittels einer Volksinitiative angreifen zu wollen.

Konkret bedeutet das, dass in der Schweiz in drei bis vier Jahren eine Abstimmung über den 2017 beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung stattfinden wird.

Die gross angelegte Kampagne gegen den Atomausstieg hat unter anderem dafür gesorgt, dass über die tatsächlich drängenden Atomfragen kaum mehr ernsthaft diskutiert wird. So laufen die vier alten Reaktoren konstant weiter, obwohl drei davon ihre ursprünglich geplante Betriebszeit längst überschritten haben und der vierte – Leibstadt – kurz vor seinem 40. Geburtstag steht und ungeachtet

erheblicher Sicherheitsrisiken für immer längere Laufzeiten vorbereitet wird, ohne dass die Aufsichtsbehörde ENSI diesem Treiben irgendwelche Grenzen setzt.

Mitsprache «Nein Danke»?

An seiner Mitgliederversammlung 2021 hat TRAS eine Resolution beschlossen, in der gefordert wurde, dass der Verlängerung von AKW-Betriebszeiten in der Schweiz jeweils eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorausgehen müsse. Dies entspricht dem Grundsatz der sogenannten Espoo-Konvention, die von der Schweiz mitgetragen wird. Allerdings haben die Schweizer Behörden aktiv verhindert, dass die entsprechende Richtlinie zur UVP beim Langzeitbetrieb von AKW auf die Schweiz angewendet werden kann. Dass sich ausgerechnet die Schweiz, deren Reaktoren nahe der deutschen und französischen Grenze stehen, gegen eine grenzüberschreitende UVP wehrt, ist bedenklich. TRAS hat die entsprechende Resolution direkt bei der zuständigen Behörde eingereicht und – wie erwartet – eine wenig zielführende Antwort erhalten: Weil die Betriebsbewilligungen für AKW in der Schweiz nicht befristet seien, gäbe es auch keine formellen Laufzeitverlängerungen und damit keinen Auslöser für eine UVP. Gegen diesen offensichtlichen Missstand prüft TRAS rechtliche Schritte.

Sicherheitsdefizite in Leibstadt

Anfang November wurde die von TRAS mitfinanzierte Sicherheitsstudie zum AKW Leibstadt publiziert. Darin kam Reaktorsicherheitsexperte Prof. Dr. Manfred Mertins von der TH Brandenburg zu einem klaren Urteil: Selbst das neuste Schweizer AKW offenbart diverse Defizite, die weder die Betreiberin noch die Atomaufsicht ENSI beheben wollen. Mertins Fazit: Das Sicherheitsniveau der Anlage wird dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht gerecht. Für einen sicheren längerfristigen Betrieb müsste weit mehr unternommen werden, als das Schweizer Kernenergiegesetz und das Ensi verlangen. Die Schweiz kennt heute kein Konzept für verlängerte Betriebszeiten von AKW, das diese Defizite beheben soll. Das Parlament hat es 2016 im Rahmen der Energiestrategie 2050 verpasst, den längerfristigen Betrieb an griffige sicherheitstechnische Auflagen zu knüpfen. Die Studie wurde medial breit rezipiert. Auch dank TRAS gelangten auf diesem Weg Ende 2021 die Risiken eines ungebremsten Weiterbetriebs des AKW Leibstadt ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit.

Fokus auf Beznau

Ebenfalls Ende 2021 wurde die Stellungnahme zur Periodischen Sicherheitsüberprüfung des AKW Beznau publiziert. Ähnlich wie beim AKW Leibstadt beteiligt sich TRAS auch hier an einer systematischen Analyse dieser Publikation, um die dort benannten Defizite nicht nur einzuordnen, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das AKW Beznau ist das älteste Atomkraftwerk der Schweiz, ist weit von heutigen sicherheitstechnischen Massstäben entfernt und läuft trotzdem ohne Befristung weiter. Das Argument, dass konstantes Nachrüsten für ausreichenden Schutz Sorge, ist nach heutigem Wissensstand kaum noch haltbar. Im Dezember 2020 hatte die Betreibergesellschaft durch eine Zufallsentdeckung festgestellt, dass die in den 1990er Jahren nachgerüsteten Notstromdieselgeneratoren fehlerhaft waren. Damit zeigte sich einmal mehr die Fehleranfälligkeit von komplexen Prozessen rund um die AKW-Sicherheit. Sämtliche Berechnungen, die in den vergangenen 28 Jahren für die Erdbbensicherheit von Beznau gemacht worden waren, basierten auf falschen Annahmen. Selbst diese Entdeckung führte aber nicht zur Einsicht, dass Beznau aufgrund sicherheitstechnischer Bedenken endlich stillgelegt werden sollte. Zwar wurden rudimentäre Abklärungen und eine Sensibilisierungswoche für das AKW-Personal verordnet – von einer grund-

legenden und vollständigen Untersuchung der gesamten Anlage auf andere unentdeckte Fehler fehlt aber bisher jede Spur. Einmal mehr läuft das AKW-Beznau dank dem vorausseilenden Gehorsam der Aufsichtsbehörde weiter und

stellt damit ein immer grösseres Risiko dar. Die Ergebnisse der vertieften Defizitanalyse des AKW Beznau werden im Spätsommer 2022 erwartet.

4. Zahl der Mitgliedschaften

Die Zahl der Gemeindemitglieder betrug im April 2022 87, jene der Organisationen 61 (inkl. Landkreise und Kirchgemeinden) und die Zahl der Einzelmitglieder beträgt 121.

Die Zusammensetzung der Mitglieder auf einen Blick:

Politische Gemeinden (inkl. Landkreise)	87
Organisationen (inkl. Kirchgemeinden)	61
Einzel- und Familienmitglieder	121

Der Verband mit seinen angeschlossenen Gemeinden (inkl. Basel-Stadt) repräsentiert eine Einwohnerzahl von rund einer Million Menschen.

Liste der TRAS-Mitglieder / Kategorie Politische Gemeinden 21 Schweiz, 65 Deutschland, 1 Frankreich

DE	79677	Aitern
DE	79280	Au
DE	79415	Bad Bellingen
DE	79189	Bad Krozingen
DE	79410	Badenweiler
DE	79351	Bahlingen
DE	79282	Ballrechten-Dottingen
DE	79589	Binzen
DE	79677	Böllen
DE	79283	Bollschweil
DE	79268	Bötzingen
DE	79206	Breisach
DE	79256	Buchenbach
DE	79426	Buggingen
DE	79211	Denzlingen
DE	79285	Ebringen
DE	79588	Efringen-Kirchen
DE	79238	Ehrenkirchen
DE	79356	Eichstetten
DE	79591	Eimeldingen
DE	79312	Emmendingen
DE	79346	Endingen
DE	79868	Feldberg
DE	79592	Fischingen
DE	79098	Freiburg im Breisgau
DE	79288	Gottenheim
DE	79639	Grenzach-Wyhlen
DE	79194	Gundelfingen
DE	79423	Heitersheim
DE	79194	Heuweiler
DE	79289	Horben
DE	79241	Ihringen
DE	79199	Kirchzarten
DE	79104	Breisgau-Hochschwarzwald
DE	79539	Lörrach
DE	79539	Lörrach
DE	79429	Malsburg-Marzell
DE	79364	Malterdingen
DE	79232	March
DE	79291	Merdingen
DE	79249	Merzhausen
DE	79244	Münstertal
DE	79292	Pfaffenweiler
DE	79276	Reute
DE	79361	Sasbach
DE	79227	Schallstadt
DE	79416	Schliengen
DE	79677	Schönau
DE	79641	Schopfheim
DE	79350	Sexau
DE	79294	Sölden
DE	79271	St. Peter
DE	79219	Staufen
DE	79252	Stegen
DE	79295	Sulzburg
DE	79331	Teningen
DE	79224	Umkirch
DE	79235	Vogtsburg
DE	79279	Vörstetten
DE	79183	Waldkirch
DE	79367	Weisweil
DE	79677	Wembach
DE	79297	Winden
DE	79299	Wittnau
DE	79369	Wyhl
CH	4123	Allschwil
CH	4105	Biel-Benken
CH	4102	Binningen
CH	4103	Bottmingen
CH	4117	Burg im Leimental
CH	4143	Dornach
CH	4107	Ettingen
CH	4460	Gelterkinden
CH	4438	Langenbruck
CH	4410	Liestal
CH	4419	Lupsingen
CH	4142	Münchenstein
CH	4494	Oltigen
CH	4433	Ramlinsburg
CH	4153	Reinach
CH	4462	Rickenbach
CH	4125	Riehen
CH	2827	Schelten
CH	4450	Sissach
CH	4456	Tenniken
CH	4106	Therwil
FR	67600	Muttersholtz

5. Zusammensetzung des Vorstands

Im laufenden Berichtsjahr ist Jakob Roth aus dem Vorstand von TRAS zurückgetreten. Zum Ende des Berichtsjahrs tritt David Studer aus dem Vorstand von TRAS zurück. Ihre Jahreleange Mitarbeit im Vorstand sei an dieser Stelle herzlich verdankt.

Im Präsidium ist per Ende des Berichtsjahrs ein Wechsel geplant: Stefan Auchter übernimmt das Vizepräsidium von Axel Mayer, der TRAS aber weiterhin als Vorstandsmitglied zur Verfügung steht. Bereits angekündigt wurde, dass Jürg Stöcklin per Ende des Kalenderjahrs das Präsidium an Irène Kälin übergeben wird. An der Vorstandssitzung im März 2022 wurde einstimmig beschlossen, der Jahresversammlung die Wahl von Jürg Stöcklin ab 1.1.2023 zum Ehrenpräsidenten von TRAS zu beantragen. Damit besteht die Möglichkeit, das Wissen und die Erfahrung des langjährigen Präsidenten über das Jahr 2022 hinaus in Bereitschaft zu halten.

Jürg Stöcklin hat TRAS seit der Gründung im Jahre 2005 präsiert. Die erfolgreiche Schliessung von Fessenheim ist namhaft seiner Geduld und seiner Hartnäckigkeit geschuldet. Während 15 Jahren leitete Jürg Stöcklin erfolgreich den Verband, schaffte es, neue Gemeinden zu einem Beitritt zu überzeugen und alle rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen, die auf dem Weg zur definitiven Schliessung nötig waren. Die Schliessung gelang namentlich, weil mehr als 160 Gemeinden, Städte, Landkreise und Kantone in der Region im Nachgang zu Fukushima eine von TRAS lancierte Resolution verabschiedeten, die Schliessung von Fessenheim postulierte. Die von TRAS minutiös dokumentierten Sicherheitsrisiken wurden von Präsidentschaftskandidat François Hollande im Frühjahr 2012 ernst genommen und es wurde eine Schliessung in Aussicht gestellt, die schliesslich zehn Jahre später, nach langem Hin- und Her, vollzogen wurde. Unter der Präsidentschaft von Jürg Stöcklin intervenierte TRAS auch immer wieder bei den Schweizer Behörden, wenn auch mit weniger Erfolg. Hier fehlte bisher der Druck aus Deutschland wie er in Fessenheim von den Bürgerinitiativen an der Basis bis zum Kanzleramt in Berlin ausgeübt wurde.

Der Vorstand von TRAS dankt Jürg Stöcklin für seine Verdienste, wünscht ihm einen erholsamen Ruhestand und freut sich darüber, dass er als Ehrenpräsident auch nach 2022 beratend zur Verfügung stehen wird.

Der TRAS-Vorstand setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

aus der Schweiz

Prof. Dr. Jürg Stöcklin (Präsident), Grossrat Grüne BS
Dr. Rudolf Rechsteiner (Vize-Präsident), alt Nationalrat SP
Nils Epprecht, Geschäftsleiter Schweizerische Energie-Stiftung
Andreas Fischer, Grossrat Grüne AG
Irène Kälin, Nationalrätin Grüne AG
David Studer, Advokat

aus Frankreich

Claude Ledergerber, (Vize-Präsident), Mitglied CLIS und CSFR
Dr. Jean-Marie Brom, Sortir du nucléaire
Suzanne Rousselot, Stop Fessenheim

aus Deutschland

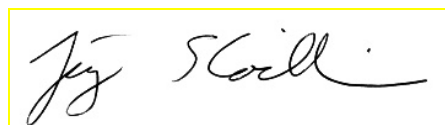
Axel Mayer (Vize-Präsident), ehem. Geschäftsführer BUND
Stefan Auchter, Geschäftsführer BUND Freiburg
Jean Paul Lacôte, Mitglied CLIS und SPD
Harald Lotis, Bürgermeister von Bahlingen, parteilos
Heinz Wolfgang Spranger, Gemeinderat Ballrechten-Dottingen, CDU
Dr. Klaus von Zahn, Leiter Umweltschutzamt Stadt Freiburg (D) / mit beratender Stimme

Delegierte des Kantons Basel-Stadt

Dr. Philipp Hübner, Kantonschemiker, Gesundheitsdepartement / mit beratender Stimme
Beisitzer: Dr. Samuel Mock, Abt. Gesundheitsschutz Basel-Stadt / mit beratender Stimme

Allen Vorstandsmitgliedern und den Delegierten mit beratender Stimme des Kantons Basel-Stadt und der Stadt Freiburg sei an dieser Stelle für die Zusammenarbeit herzlich gedankt.

Im Namen des Vorstands, der Präsident



Prof. Dr. Jürg Stöcklin

Basel, im Mai 2022